



Foto: dpa

Stoiber beruft Seehofer in sein **Kompetenzteam**

Zuständig für die Bereiche Sozial-, Gesundheits- und Rentenpolitik im Kompetenzteam des Kanzlerkandidaten der Union ist – seit dem 23. Juli offiziell – Horst Seehofer.

Zusammen mit der Parteivorsitzenden hat Edmund Stoiber den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ausgewiesenen Sozial-

experten der Union vor der Bundespresskonferenz in Berlin vorgestellt und mit der Berufung Seehofers die Erwartung verbunden, dass eine „moderne und verlässliche Sozialpolitik“, wie CDU und CSU sie gemeinsam vertreten, wieder neu formuliert und nach dem 22. September auch politisch durchgesetzt wird.

(Fortsetzung Seite 2)

INHALT

ANGELA MERKEL:

Bis zum 22. September wartet noch sehr viel Arbeit auf uns.

Zwischenbilanz des bisherigen Bundestagswahlkampfes

SEITE 3 – 4

INNENTEIL

Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel. Mit Sonderteil Wahlkampf

Eckpunktepapier vorgestellt: Offensive für einen zukunftsfähigen Sozialstaat

(Fortsetzung von Seite 1)

Die „katastrophale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“ der Schröder-Regierung ist nach den Worten Stoibers dafür verantwortlich, „dass unsere Sozialversicherungen ausgeblutet sind und ihnen Beiträge in Milliardenhöhe verloren gehen“. In einem Eckpunktepapier zur Reform des Sozialstaates, das er der Presse vorstellte, beschreibt die Union die Maßnahmen, mit denen die drohende Kostenlawine in den sozialen Sicherungssystemen aufgehalten werden kann.

Der bayerische Ministerpräsident unterstrich, dass die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere die Schaffung neuer Arbeitsplätze, von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates sei. Um den Prozess der wirtschaftlichen Erholung zu unterstützen, kündigte Stoiber die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung

um über einen Prozentpunkt bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode an. Ziel sei es, die Sozialversicherungsbeiträge unter die 40-Prozent-Grenze zu senken.

Außerdem sollen sich die Menschen nach den Plänen von CDU und CSU wieder auf das Gesundheitswesen verlassen können. Im Ergebnis hinterlasse Rot-Grün eine „Zwei-Klassen-Medizin“, in der Kassenpatienten innovative Arzneimittel vorenthalten würden. Damit müsse Schluss sein, so der Kanzlerkandidat. Was medizinisch notwendig sei, müsse auch tatsächlich geleistet werden. Zugleich sprach sich Stoiber ■ für mehr Entscheidungsfreiheit beim Umfang des Leistungskatalogs, ■ für einen Bonus für Vorsorge, ■ für mehr Transparenz und ■ für mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen aus.

Mit Blick auf eine verlässliche und berechenbare Rentenpolitik kündigte der bayerische Ministerpräsident

die Abschaffung des „willkürlichen Ausgleichsfaktors“ und den erneuten Einbau des demografischen Faktors an. Bei der privaten Altersvorsorge werde die Union den „bürokratischen Wirrwarr“ der Riester-Rente beenden.

„Rot-Grün hat alle Versprechen im Bereich der Sozialpolitik gebrochen“, sagte die Parteivorsitzende. So habe die Schröder-Regierung ihr selbst gestecktes Ziel, die Lohnnebenkosten auf unter 40 Prozent zu senken, nicht erreicht. Angela Merkel: „Aus der privaten Altersvorsorge ist inzwischen ein bürokratisches Monster geworden.“

Horst Seehofer betonte, die deutschen Sozialversicherungen befänden sich in einer „finanziell und strukturell“ schwierigen Lage. Da Rot-Grün die wahre Situation verschleierte, müsse sofort nach der Bundestagswahl eine „ehrlche Bestandsaufnahme“ erfolgen.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

Bis zum 22. September wartet noch sehr viel Arbeit auf uns

Eine positive Zwischenbilanz des bisherigen Bundestagswahlkampfes haben Präsidium und Bundesvorstand bei ihren Beratungen am 22. Juli im Konrad-Adenauer-Haus gezogen.

„Wir haben unsere strategischen Ziele erreicht“, sagte die Parteivorsitzende nach den Sitzungen der beiden Spitzengremien. Die Union habe – je nach Meinungsforschungsinstitut – einen Vorsprung von drei bis fünf Prozentpunkten vor der SPD und könne damit rechnen, im nächsten Bundestag die stärkste Fraktion zu stellen. Dennoch sei allen in der Union bewusst, dass bis zum 22. September „noch sehr viel Arbeit auf uns wartet“.



„schwer im Magen“. Babcock, die Telekom, die schlechten Arbeitsmarktzahlen und die Spenden-skandale in Nordrhein-Westfalen zeigten Schröders fehlgeschlagene Politik der „ruhigen Hand“. Mit dem Slogan „Zeit für Taten“ habe sich die Union deshalb für das richtige Wahlkampf-motto entschieden.

Angela Merkel wies daraufhin, dass sie eine harte Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten in der heißen Wahlkampfphase erwarte. Die SPD werde auch vor „persönlichen Diffamierungen und Verleumdungen“ nicht zurückschrecken. Ein „lebendiger Ausdruck“ dafür sei der designierte SPD-Fraktionschef Ludwig Stiegler.

Die Parteivorsitzende versicherte in diesem Zu-

sammenhang: Die Union werde auf persönliche Diffamierungen verzichten. Allerdings müssen CDU und CSU den Menschen klar sagen, dass Schröder „alles tun“ werde, um im Amt zu bleiben. Dabei werde er eine Ampelkoalition mit Grünen und FDP genauso ins Auge fassen wie Rot-Rot-Grün. Nur mit einer starken Union könne dieses Szenario verhindert werden.

Abbau der Arbeitslosigkeit nur über mehr Wirtschaftswachstum

Präsidium und Bundesvorstand beschäftigten sich auch ausführlich mit der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Situation in Deutschland. Dabei seien die Gremien zu dem Ergebnis gekommen, dass die Vorschläge der Hartz-Kommission für eine bessere Verwaltung der Arbeitslosigkeit nicht ausreichen. Ein Abbau der Arbeitslosigkeit gelinge nur über mehr Wirtschaftswachstum.

Besonders dramatisch habe sich die Jugendar-

Die gebrochenen Versprechen des Kanzlers liegen den Menschen schwer im Magen

Mit Blick auf ihre zwei Tage vorher beendete Sommertour betonte Angela Merkel: Die gebrochenen Versprechen des Kanzlers liegen den Menschen

beitslosigkeit entwickelt: Vom Mai des Vorjahres bis zum Mai diesen Jahres sei die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um mehr als 15 Prozent gestiegen. Vor diesem Hintergrund hätten sich alle Beschäftigungsprogramme „bestenfalls als Strohhalm erwiesen“, erklärte Angela Merkel.

Mit dem „Stoiber-Späth-Plan“ habe die Union eine „wegweisende Richtungs- markte“ für mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und weniger Bürokratie vorgelegt. In diesem Zusammenhang bezeichnete Angela Merkel die rot-grüne Steuerreform als „dramatische Fehlleistung“. So hätten sich im ersten Halbjahr 2002 die Körperschaftsteuereinnahmen zum Ausgabetitel entwickelt. Infolgedessen fehle den Ländern und Kommunen Geld für dringend notwendige Investitionen.

Mit Blick auf die rot-grüne Steuerreform erinnerte die Parteivorsitzende an die Rolle von FDP-Vize Rainer Brüderle. Die FDP habe eine vernünftige sachpolitische Beratung der rot-grünen Steuerreform im Jahr 2000 verhindert und sei deshalb für die desaströse Finanzsituation in Deutschland mitverantwortlich.

Frauenpower für Stoiber!

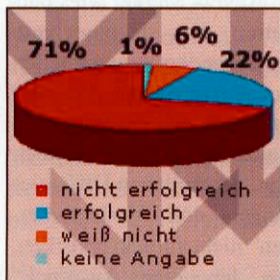
Zu einem politischen Meinungsaustausch mit dem Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber, und zu einem großen Sommerfest für die ganze Familie haben die Frauen-Unionen von CDU und CSU auf den Theaterplatz in Ludwigshafen eingeladen.

**Termin: 3. August,
12.00 Uhr**

Maria Böhmer, Vorsitzende der Frauen-Union der CDU, und Maria Eichhorn, Vorsitzende der Frauen-Union der CSU, an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger: „■ Besuchen Sie uns! ■ Demonstrieren Sie mit uns – um 11.00 Uhr Start am Rat-



hausplatz – für einen Wechsel am 22. September! ■ Erleben Sie Edmund Stoiber live im Gespräch! ■ Und begrüßen Sie mit uns Katherina Reiche!“ ■ Die Talkrunde mit dem Kanzlerkandidaten, mit Frauen aus ganz Deutschland, mit Frau Karin Stoiber und Tochter Veronica beginnt um 13.30 Uhr. ■ Um 15.15 Uhr werden in Anwesenheit von Edmund Stoiber die Bundestagskandidatinnen der Union vorgestellt.



*Ist die Reformpolitik der Regierung Schröder seit 1998 Ihrer Meinung nach erfolgreich?
(Befragung: 16. bis 18. Juli)
Quelle: Infratest dimap*

[http://](http://www.cdu.de)

Der Stoiber-Späth-Plan „Offensive 2002 – Aufschwung für Arbeit“, vorgelegt von Edmund Stoiber und Lothar Späth am 12. Juli, im Wortlaut: ■ Dokumentation UiD 23/2002 und ■ im Internet www.cdu.de

Edmund Stoiber: Wir müssen aus Pisa die richtigen Konsequenzen ziehen

Zu einem bildungspolitischen Fachgespräch mit Schulleitern aus ganz Deutschland sind am 19. Juli Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber, die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan und die bayerische Staatsministerin für Unterricht, Monika Hohlmeier, im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin zusammengetroffen.

„Pisa war für Deutschland ein heilsamer Schock“, sagte Edmund Stoiber nach der Veranstaltung. Jetzt müsse die Politik die „richtigen Konsequenzen“ aus den Ergebnissen der Studie ziehen. In diesem Zusammenhang kündigte der bayerische Ministerpräsident eine weitere Konferenz für den Beginn des neuen Schuljahres mit Praktikern und Bildungspolitikern der Union an.

Nicht nur Elternhaus und Schule, auch die Politik müsse ihre Hausaufgaben machen, sagte der Kanzlerkandidat und forderte vergleichbare Bildungsstandards für ganz Deutschland. Insbesondere auf die Kultusministerkon-

ferenz (KMK) kommt nach den Plänen der Union eine wichtige Aufgabe zu: Sie soll vergleichbare

Abschlussprüfungen in allen Schularten einführen. Zugleich erteilte Stoiber der von Bundeskanzler Schröder vorgeschlagenen Bundeskompetenz in der Schulpolitik eine klare Absage: Ohne den Bildungsföderalismus werde aus einem bundespolitischen Fehler immer gleich ein „16-facher“.



E. Stoiber



A. Schavan



M. Hohlmeier

Schulen in den 16 Bundesländern warten geradezu darauf, „dass wir uns für vergleichbare Bildungsstandards zur Bewertung von Unterricht entscheiden“.

Ausdrücklich sprach sich die stellvertretende CDU-Vorsitzende für eine Modernisierung der Kultusministerkonferenz aus: „Das wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Monate sein.“ Sie plädierte auch für eine Stärkung des Lehrerberufs: „Wir brauchen in Deutschland einen anderen Respekt vor Autorität und Professionalität der pädagogischen Arbeit.“ Ansonsten werde jedwede Bildungsreform an den Widerständen vor Ort scheitern.

[http://](http://www.cdu.de)

Wortlaut der Rede, die Stoiber beim Fachgespräch hielt: www.cdu.de

Gegen mehr Zentralismus

„Eine der Konsequenzen aus Pisa ist eine Schule, die nicht mehr Zentralismus, sondern mehr unmittelbaren Einfluss bekommt“, erklärte die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan. Das gelinge am ehesten, wenn sich die Vorgaben der Länder künftig auf ein „Kern-Curriculum“ beschränken würden. Weiter sagte Schavan: Die

HORST SEEHOFER:

Schröder will die **kleinen Leute** zur Kasse bitten

Zu Äußerungen aus Kreisen rot-grüner Spitzenpolitiker zu Einschnitten bei den Sozialleistungen erklärte das Mitglied in Stoibers Kompetenzteam und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Langsam wird erkennbar, was Rot-Grün nach der Bundestagswahl am 22. September in der Sozialpolitik vor hätte:

■ Der Vizekanzler und Bundesaußenminister Fischer (Grüne) will die Eigenbeteiligung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung anheben (Interview in der *Zeit* vom 11. Juli),

■ Bundesarbeitsminister Walter Riester will die Renten schrittweise um insgesamt 4 % kürzen (Bestandteil des Altersvermögensergänzungsgesetzes), und

■ der von Bundeskanzler Schröder eingesetzte Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, will das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose kürzen und die Arbeitslosenhilfe befristeten (Medienberichte vom 11. Juli).



Gemeinsam ist allen drei Vorschlägen eins: Die Sozialleistungen sollen drastisch gekürzt werden. Damit würde die sozial ungerechte Politik der Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden.

Rot-Grün hat die Besserverdienenden bevorteilt

In dieser Legislaturperiode wurden die Besserverdienenden und die Großunternehmen gegenüber Geringverdienenden sowie kleinen und mittleren Unternehmen bevorteilt. Dies gilt für die Rentenreform genau so wie für die Gesundheitsreform und die Steuerreform. In der nächsten Legislaturperiode sollen nun die kleinen Leute zur Kasse gebeten werden.

Die Position von Bundeskanzler Schröder ist wie immer völlig unklar. Offensichtlich möchte er die Strategie aus dem Jahr 1998 wiederholen und den Menschen erst nach der Wahl reinen Wein einschenken. Eine erneute Wählertäuschung darf es nicht geben. Deshalb ist jetzt ein klares Wort zum geplanten Kurs in der rot-grünen Sozialpolitik notwendig.

PETER HARRY
CARSTENSEN:

Künasts Kontrollsystem funktioniert nach dem Zufallsprinzip

Zu den Äußerungen von Bundesministerin Renate Künast anlässlich der Ausbreitung des Hormonskandals erklärte der Vorsitzende des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft des Bundestags:



Der gegenwärtige Hormonskandal rundet die Negativbilanz von Bundesministerin Künast weiter ab. Wortgewandt versteht sie es zwar, ihre schwerwiegenden Versäumnisse zu kaschieren. Bei jeder Krise zeigt sich aber mehr, dass ihre Verbraucherschutzpolitik konzeptionslos ist und sie von den Ereignissen fremd bestimmt wird.

Es ist reine Volksverdummung, wenn sie jetzt die Forderung nach einer Positivliste für Futtermittel als die Idee des Jahrhunderts der Öffentlichkeit präsentiert. In Wirklichkeit hat sie ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Der Bundesrat hatte sie auf Antrag Bayerns schon im Februar letzten Jahres aufgefordert, entsprechend tätig zu werden. Nichts passierte. Worte statt Taten sind ihr Markenzeichen.

Nach den vielen Skandalen im Lebens- und Futtermittelbereich in den letzten zwei Jahren hätte sie veranlassen müssen, dass den staatlichen Lebensmittelbehörden Analysemethoden auf dem neuesten Stand der Technik zur Verfügung stehen. Bei vielen Lebensmittelunternehmen gehört dies bereits seit langem zum Sicherheitsstandard. Das Kontrollsystem Künast funktioniert hingegen rein nach dem Zufallsprinzip.

LOTHAR SPÄTH:

Wir brauchen neue **Dynamik**, nicht schon wieder neue Bürokratie

Herr Späth, Ausweitung des Niedriglohnjobs, was sagen Sie zu diesem Vorschlag der Hartz-Kommission?

Lothar Späth: Dieser Vorschlag ist ja nicht neu. Wir haben ihn in unserem Wahlprogramm schon vor Wochen gemacht. Es muss der Niedriglohnjob tatsächlich möglich sein. Und mit diesen 325 Euro, die wir bisher haben, haut es hinten und vorne nicht hin. Es ist auch viel zu bürokratisch.

Deshalb haben wir gesagt: Bis 400 Euro, und dann keine Versicherungsabgaben, sondern eine pauschale Steuer, die der Arbeitgeber bezahlt, so dass für den Arbeitnehmer Brutto gleich Netto ist. Das bringt, glaube ich Bewegung in die Sache.

Nur dürfen wir bei alledem nicht übersehen: Entscheidend ist, dass wir neue Jobs schaffen. Denn dauernd die alten Jobs umverteilen und ein bisschen Niedriglohnsektor, das ist natürlich nicht der große Renner.



Wir müssen die deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstum trimmen und mehr Dynamik reinbringen, und das – bitte – nicht schon wieder mit neuer Bürokratie.

Bei der Hartz-Kommission wird es langsam ein bisschen wirr. Immer wenn sie tagt, finden alle möglichen Mitglieder dieser Kommission Vorschläge im Namen der Kommission. Die Kommission scheint aber noch gar nicht abgestimmt zu haben. Also langsam entwickelt sie sich zu einer Art Selbstfindungsgruppe.

Aus einem Deutschlandfunk-Interview mit Petra Ensminger vom 22. Juli

Mit verbraucherfreundlichem Autokauf EU-Kommission auf dem **richtigen** Weg

Zur Entscheidung der Europäischen Kommission zur Neuregelung des europäischen Automobilvertriebs erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mehr Wettbewerb und mehr Wahlmöglichkeiten beim Autokauf sind für die Verbraucher von Vorteil. Die von der Europäischen Kommission beschlossene EU-Gruppenfreistellungsverordnung (GVO) weist in die richtige Richtung. Die neue GVO schafft geeignete Rahmenbedingungen für den Automobilvertrieb im europäischen Binnenmarkt. Besonders die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher werden von dem neuen System profitieren. Auch für die Händler ergeben sich neue Perspektiven.

Es ist ein Erfolg der CDU/CSU-Kollegen im Europäischen Parlament, dass die volle Niederlassungsfreiheit, die es Autohändlern ermöglicht, Filialen außerhalb ihrer angestammten Gebiete zu errichten, nicht, wie ursprünglich vorgeschlagen, ab Oktober 2002,



sondern ab 2005 eingeführt wird. Dieser Übergangszeitraum verschafft der überwiegend mittelständischen Branche ausreichend Zeit, um sich auf das neue System einzustellen.

Die Europäische Kommission hat sich damit gegen die Fundamentalopposition von Bundeskanzler Schröder, der wieder einmal nicht die Interessen der Verbraucher, sondern die Anliegen der Großindustrie vertreten hat, durchgesetzt.

Die rot-grüne Bundesregierung ist nun in der Pflicht, die im Zuge einer weiteren europäischen Harmonisierung bei Auto-Handel und Industrie entstehenden Vorteile an die Verbraucher weiterzugeben.

Edmund Stoiber: Ich glaube, die SPD ist **von der Rolle**

Angesichts sinkender Staatseinnahmen hat die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) höhere Steuern in Betracht gezogen.

Kanzlerkandidat Edmund Stoiber bei seinem Besuch in Hamburg war nicht der einzige, der am Verstand der Sozialdemokraten zweifelte. „Wer noch einen Minimal-Verstand in der Wirtschaftspolitik hat“, fand Friedrich Merz, „wird bei der derzeitigen konjunkturellen Lage doch nicht die Steuern erhöhen wollen.“ Hans-Peter Repnik: „Offenbarungseid.“ Der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Peter Rau, direkt an die Adresse der Ministerpräsidentin: „Sie brechen mit Ihren Steuererhöhungen dem Mittelstand endgültig das Genick, Frau Simonis!“

STEFFEN KAMPETER UND NORBERT RÖTTGEN:

Deutsche Musikwirtschaft in der größten Krise seit ihrem Bestehen

Zur Antwort auf die Kleine Anfrage zum Rahmenkonzept für die deutsche Musikwirtschaft erklärten der Obmann im Haushaltsausschuss und Berichterstatter für Kultur und der zuständige Berichterstatter im Rechtsausschuss:

Man kann nur enttäuscht sein. Die Bundesregierung zieht sich in Sachen Musikwirtschaft zurück auf die Beschreibung von Problemfeldern. Taten sind keine in Sicht. Und das, obwohl sie schon im Oktober 2000 von Seiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Sorgen und Anliegen der Musikwirtschaft hingewiesen worden war. 20 Monate später ist die rot-grüne Bundesregierung von konkreten Ergebnissen noch weit entfernt.

Die Umsetzung der Urhebersichtlinie der Europäischen Union in nationales Recht ist auf die lange Bank geschoben. Die Bundesregierung will offensichtlich weiter dem Diebstahl geistigen Eigentums zuschauen, wie er durch das illegale Klonen von Tonträgern er-

folgt. Damit ist das drängendste und berechtigte Anliegen der Musikwirtschaft vorerst auf Eis gelegt.

Die Forderung der Union nach einem Musikexportbüro wird zwar aufgegriffen, die Überlegungen sind aber erst einmal in die nächste Legislaturperiode vertagt.

Die Bundesregierung hat bis zur Sommerpause ein Diskussionspapier zur Förderung der Rock- und Popmusik angekündigt, aber bis zum heutigen Tag, an dem der Kulturausschuss letztmalig in dieser Legislaturperiode tagt, nichts vorgelegt. Auch hier gilt: Versprochen – gebrochen.

Die Neuregelung der Ausländersteuer wird von vielen Finanzämtern noch nicht umgesetzt – die Bundesregierung schaut hilflos zu.

Vor diesem Mangel an Durchsetzungskraft wird die Klage aus den Reihen der Deutschen Musikwirtschaft allzu verständlich, die der Regierung vorwerfen, einer zutreffenden Analyse keine Taten folgen zu lassen.



S. Kampeter



N. Röttgen

Die Deutsche Musikwirtschaft befindet sich in der größten Krise seit ihrem Bestehen. Auf die rot-grüne Bundesregierung kann sie bei der Lösung ihrer Probleme auf jeden Fall nicht setzen. Der Exodus von Arbeitsplätzen und kreativen Potentialen schreitet voran.

136 GESETZE und Verordnungen will die hessische Landesregierung aufheben. So ein Beschluss des Kabinetts vom 23. Juli. Justizminister Wagner: „Wir wollen mehr Rechtsklarheit und mehr Bürgerfreundlichkeit.“ Regierungen könnten nicht ständig neue Vorschriften schaffen, ohne darüber nachzudenken, welche von den bestehenden nicht mehr erforderlich sind.

Die Union wird das **Problem** der Unterfinanzierung der Bundeswehr **lösen**

„Herr Struck hat gesagt, dass er nichts anders machen will als sein Vorgänger. Damit hat er schon verspielt.“

Mit dieser Bewertung distanzierte sich der Vertreter für Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik im Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber deutlich von den Ankündigungen, mit denen der neue Verteidigungsminister schon gleich nach seiner Bestellung eine Erhöhung des Wehretats abgeschlossen hat.

Eine unionsgeführte Bundesregierung, kündigte Wolfgang Schäuble in einem Gespräch mit der *Financial Times Deutschland* an, wird dagegen den Verteidigungsausgaben ein ähnliches Gewicht beimessen wie Frankreich und Großbritannien.

Deutschland stehe nicht von ungefähr innerhalb der NATO in der Kritik: Mit niedrigen Verteidigungsausgaben komme es seinen Verpflichtungen bei der Finanzierung europäischer Rüstungsprojekte nicht nach und könne Zusagen z.B. beim Transportflugzeug A400M nur mit Mühe einhalten.

Wolfgang Schäuble: „Wir werden die Probleme der Unterfinanzierung der Bundeswehr im Jahr 2003 nicht vollständig lösen können, aber wir fangen damit an.“



W. Schäuble



P. Breuer

PAUL BREUER:

Politik des letzten Aufgebots

Zur Übernahme der Amtsgeschäfte des Verteidigungsministers durch Peter Struck erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU:

Nach der unrühmlichen Ablösung von Scharping verkündet sein Nachfolger, er sehe keinen Anlass, auszufegen und etwas neu zu machen. Auch beim Verteidigungshaushalt nicht. Es bleibt nicht verborgen:

Struck hat keine sicherheits- und verteidigungspolitische Erfahrung. Keine eigenständigen Äusserungen zu seinem neuen Themenbereich in der Vergangenheit.

Im Gegenteil: Als SPD-Fraktionsvorsitzender organisierte Struck maßgeblich den Geleitzug mit der Zielsetzung: ■ Runter mit der Bundeswehr, ■ weniger Geld, ■ weniger Personal, ■ mehr Aufgaben.

Nichts Neues – nur ein anderes Gesicht. Schröder führt den Beweis einer Politik des letzten Aufgebots.

AM 23. JULI ist der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) ausgelaufen. Dazu der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze: „Der EGKS-Vertrag symbolisiert nicht nur die Erkenntnis, dass das Zusammengehen europäischer Staaten große Vorteile haben kann, sondern auch den Willen, politisch die Zukunft gemeinsam zu gestalten.“

ZUM ABWARTEN mit Abschlüssen der so genannten Riester-Rente bis nach der Bundestagswahl am 22. September hat nach dem stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Rainer Brüderle, jetzt auch der Sozialexperte der Union, Horst Seehofer, den Bürgerinnen und Bürgern geraten: „Keiner verliert etwas dadurch.“ Im Gegenteil: Die Union werde bis 2003 die private Zusatzrente besser machen und unter anderem einen nennenswerten Teil des staatlichen Förderolumens so umschichten, dass die Förderanreize auch für Geringverdiener stimmen.

EINEN DRASTISCHEN Einbruch hat es im 1. Halbjahr 2002 bei den Stellenangeboten in der Werbung gegeben. Wie der Zentralverband der Deutschen Werbewirtschaft mitteilt, sind die Stellenausschreibungen um zwei Drittel auf 1.416 (gegenüber 4.132 im 1. Halbjahr 2001) zurückgegangen. Ursache: Konjunkturfalste mit niedrigen Investitionen in die Werbung.

NOCH VERSCHÄRFT hat sich im Mai der Umsatzeinbruch im deutschen Gastgewerbe. Im Vergleich zum Vormonat sind die Erlöse

um 6,2 Prozent zurückgegangen. Damit hat der seit Jahresbeginn andauernde Umsatzrückgang seinen bisherigen Höhepunkt erreicht.

WEITERE RECHTE im Steuerrecht und bei der Sozialversicherung will nach dem Verfassungsgerichtsurteil vom 17. Juli der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) notfalls einklagen. Die Union ist zu neuen Schritten einer Angleichung der Rechte von homosexuellen Lebenspartnern und Eheleuten nicht bereit. Wolfgang Bosbach, stellvertretender Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Wir werden es nicht zulassen, dass die Partnerschaften von Lesben und Schulen zu einer Kopie der Ehe von Mann und Frau werden.“

ZWEISTELLIGE Rückgänge bei Nachfrage, Umsätzen und Mitarbeiterzahlen hat das deutsche Bauhauptgewerbe im Mai hinnehmen müssen. Um 16 Prozent sind die Auftragseingänge unter dem Wert des Vorjahresmonats geblieben. Der Gesamtumsatz hat sich um 11,4 Prozent auf 7 Milliarden Euro verringert.

DAS HÖCHSTE Wohn- und Bürohaus Europas wird in Hamburg geplant und soll

mit 288 Metern den Commerzbank-Turm in Frankfurt am Main (258,7 Meter) überragen. Erste Gespräche mit der Stadt hat es bereits gegeben. Bürgermeister Ole von Beust will aber zunächst abwarten, wie die Hamburger auf das Projekt reagieren.

TROTZ DEUTLICH gesunkener Ladenpreise haben deutsche Verbraucher in diesem Jahr bisher nur zurückhaltend Fleisch gekauft. Wie die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) mitteilt, haben vor allem die jüngsten Futtermittelskandale und die Verunsicherung der Kunden durch den Euro das Kaufverhalten beeinflusst. Die Käufe von Schweinefleisch sanken um zehn Prozent. Während der BSE-Krise boomartig gefragtes Geflügel hat gegenüber Januar bis Mai 2001 einen Rückgang von 8,1 Prozent zu verzeichnen.

DER SCHADEN durch Verkehrsunfälle ist im vergangenen Jahr auf die Rekordsumme von 35 Milliarden Euro gestiegen. Wie der Unfallverhütungs-Bericht der Regierung ausweist, ist dagegen die Zahl der Verunglückten seit 1991 um drei Prozent auf 501.443 gesunken. Ebenfalls sank die Zahl der Verkehrstoten. **UD**

Ein erfolgloser Versuch, vom eigenen Versagen abzulenken

Das Versagen der Bundesregierung in der Familienpolitik kann durch den Start der Initiative „Allianz für Familien“ 72 Tage vor der Bundestagswahl nicht wettgemacht werden.

Die SPD versucht damit, vom eigenen Versagen in der Familienpolitik abzulenken.

Rot-Grün wollte die wirtschaftliche Lage der Familien spürbar verbessern

Die Verantwortung für nicht geleistete familienpolitische Maßnahmen wird von den Politikern auf ein neues Gremium verlagert. Die rot-grüne Bundesregierung hatte versprochen, die wirtschaftliche und soziale Lage der Familien spürbar zu verbessern. Die Bilanz für Familien nur wenige Wochen vor der Bundestagswahl reicht der SPD offensichtlich selbst nicht aus. Die rot-grüne Bundesregierung ist weit hinter den Erfordernissen der Verfassungsgerichtsbeschlüsse zurückgeblieben. Sie hat es

nicht geschafft, Familien in Deutschland die gleiche Förderung zukommen zu lassen. Zwischen der Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge und den Erhöhungen des Kindergeldes besteht ein Missverhältnis. Die Einkommensschere zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen geht weiter auseinander als jemals zuvor!

Obwohl im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung festgestellt wurde, dass die Einkommenssituation bei kinderreichen Familien und Alleinerziehenden meist besonders angespannt ist, wurden dritte und weitere Kinder von der Kindergelderhöhung ausgenommen.

Neue Prioritäten der Regierung zielen auf Einschränkung der direkten Förderung

Die neuen Prioritäten der Bundesregierung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zielen im wesentlichen darauf ab, öffentliche Mittel zur direkten Förde-

rung von Familien einzuschränken und damit die Betreuung von Kindern zu finanzieren. Damit werden diejenigen, die ihre Kinder selbst erziehen wollen, erheblich benachteiligt.

Verlässliche Familienpolitik mit dem Konzept „Faire Politik für Familien“ der Union

Die Ergebnisse der Pisa-Studie haben zudem deutlich gemacht, dass der Ausbau von Ganztagsbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen allein keine Garantie dafür ist, Erziehungsprobleme besser lösen zu können. Bildung, Erziehung und Ausbildung müssen vielmehr miteinander verbunden werden.

Familien in Deutschland brauchen endlich eine zukunftsfähige und verlässliche Familienpolitik: die Union bietet allein mit ihrem Konzept „Faire Politik für Familien“ die Union an. Wir wollen Mütter und Väter unterstützen und setzen dabei in den folgenden drei Bereichen an:

HUBERT HÜPPE:

1. Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit

Die Union setzt auf umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, vor allem auf die Schaffung einer familiengerechten Arbeitswelt sowie auf ein bedarfsgerechtes und qualitativ gutes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen zur Erziehung, Bildung und Betreuung.

2. Einführung eines Familiengeldes

Die Union will Kinder von der Sozialhilfebedürftigkeit befreien. Deshalb wollen wir das bisherige Kindergeld und Erziehungsgeld stufenweise ab 2004 durch ein „neues“ Familiengeld ersetzen, das steuer- und abgabenfrei sein soll. Es wird unabhängig vom Umfang der Erwerbsarbeit und von der Höhe des Familieneinkommens gezahlt und wird folgende Größenordnungen erreichen: 600 Euro für jedes Kind unter drei Jahren, 300 Euro für Kinder von drei bis unter 18 Jahren und 150 Euro für Kinder ab 18 Jahren. Die Union wird für

Wir begrüßen die Entscheidung

Anlässlich des Verfassungsgerichtsurteils zum Führerscheinenzug allein wegen Haschischbesitzes erklärte der drogenpolitische Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung. Cannabiskonsum schränkt die Fahrtüchtigkeit ganz erheblich ein und ist mittlerweile neben Alkohol häufig die Ursache für Fehlverhalten im Straßenverkehr.

Es ist daher selbstverständlich, dass an Verkehrs-

teilnehmern, die den „Konsum von Cannabis und die aktive Teilnahme am Straßenverkehr davon nicht zuverlässig zu trennen oder zu trennen bereit sind“, Fahreignungsprüfungen durchgeführt werden können, sobald ein konkreter Tatverdacht besteht.

Unverständlich ist dagegen die Aufregung von Cannabiskonsumenten im Vorfeld der Entscheidung. Schon der Schutz des Lebens von anderen Verkehrsteilnehmern gebietet ein Fahrverbot für Drogenkonsumenten.

die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zwischen 1.000 und 5.000 Euro pro Kind jährlich ab 2003 sorgen.

3. Stärkung der Erziehungskompetenz

Mütter und Väter übernehmen mit der Erziehungsaufgabe ein große Verantwortung und leisten zugleich einen außerordentlichen Beitrag für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Eltern benötigen da-

her praktische Hilfen und konkrete Informationen zur Unterstützung und Begleitung bei ihren Erziehungsaufgaben und in Krisensituationen. Wichtig ist auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und allen Einrichtungen vor Ort, die mit Familien zu tun haben, um Erziehungsprobleme frühzeitig zu erkennen und geeignete Lösungswege entwickeln zu können.

Statt Initiativen zu starten, hat die Union mit ihrer Familienoffensive konkrete Vorschläge entwickelt. **UD**

MARIA EICHHORN:

Karlsruhe hat weitergehenden Plänen von Rot-Grün eine **Absage** erteilt

Anlässlich des am 17. Juli in Karlsruhe gesprochenen Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu der Klage gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz erklärte die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde leider endgültig der Weg für die sogenannte Homo-Ehe freigemacht. Die Abweisung der Klagen der unionsgeführten Bundesländer Bayern, Sachsen und Thüringen ist zu bedauern. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aber zu akzeptieren.

Dennoch hat der Erste Senat festgestellt, dass es der Schutz des Grundgesetzes verbiete, verschiedenen geschlechtlichen Paaren neben der Ehe eine rechtlich vergleichbare Rechtsform anzubieten. Damit wird weitergehenden Plänen der rot-grünen Bundesregierung Lebenspartnerschaften an die Ehe anzugleichen, z.B. im Steuerrecht oder bei den Sozialversicherungen, eine deutliche Absage erteilt.

Der Artikel 6 des Grundgesetzes stellt Ehe und Familie und nicht eine beliebige Zweisamkeit unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Im Gegensatz zu eingetragenen Lebenspartnerschaften ist eine Ehe ihrem Wesen nach auf Elternschaft ausgerichtet und damit von erheblicher Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Dies rechtfertigt auch die bevorzugte Stellung von Ehe und Familie im Grundgesetz und stellt keine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften dar.

Das Bundesverfassungsgericht bestärkt mit seinem Urteil aber auch die Auffassung, dass Artikel 6 GG Politik zu konkretem positivem Handeln zugunsten von Ehe und Familie verpflichtet.

In Artikel 6 geht es um den Schutz der Generationen- und der Partnerschaftsbeziehung. Menschen, die sich für die auf Dauer angelegte Verantwortungsgemeinschaft Ehe entscheiden, müssen darauf vertrauen können, verlässliche politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen vorzufinden.

Bundesrat sollte bei **Widerstand** bleiben

Das Urteil, mit dem das Bundesverfassungsgericht den Streit über die Zulässigkeit der Homo-Ehe entschieden hat, drehte sich um einen einzigen Satz, genau genommen um ein einziges Wort: Was meinte der Verfassungsgeber, als er Ehe und Familie unter den „besonderen“ Schutz des Staates stellte? Die Mehrheit der Richter war der Ansicht, „besonders“ bedeute nicht

„exklusiv“, und schloss daraus, dass die so genannten Eheprivilegien an einen weiteren Personenkreis, an Schwule und Lesben ausgegeben werden können, ohne ihren besonderen Charakter zu beeinträchtigen.

Das Urteil atmet den Geist der Zeit, der Vorrechte auch dann nicht dulden möchte, wenn sie sich funktional begründen lassen. Die Ehe ist vom Gesetzgeber

Ein eheähnliches Splittingverfahren lehnen wir strikt ab

Die CDU akzeptiert das Urteil, durch das das Lebenspartnerschaftsgesetz gültig bleibt. Aus Respekt vor dem höchsten Gericht und auch aus Achtung vor den Menschen, die bereits im Vertrauen auf dieses Gesetz ihre Partnerschaft haben eintragen lassen, wird die Union im Fall einer Regierungsübernahme nach der Bundestagswahl im September das Lebenspartnerschaftsgesetz nicht in Frage stellen.

In dem bereits 1999 verabschiedeten familienpolitischen Programm der CDU heißt es: „Wir respektieren

die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Wir anerkennen, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden können, die grundlegend sind für unsere Gesellschaft.

Dies gilt für nichteheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung. Wir wollen prüfen, welche rechtlichen Hindernisse, die

dem gemeinsamen Leben und der gegenseitigen Fürsorge im Wege stehen, beseitigt werden können.“

Kern des von einigen unionsgeführten Ländern angestrebten Normenkontrollverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht war das Bedenken, die Ausgestaltung des Lebenspartnerschaftsgesetzes könne die in der Verfassung verankerte besondere Stellung von Ehe und Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft gefährden. Das Verfassungsgericht hat diese Sorge in seiner Mehrheit nicht geteilt. Gleichwohl lehnt die CDU eine weitestgehende Angleichung anderer Lebensgemeinschaften an die Ehe entschieden ab.

Die im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Pläne von Rot-Grün für ein eheähnliches Splitting-Verfahren bei der Einkommensteuer für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und die geplante eheähnliche Mitversicherung eines Lebenspartners in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie in der Pflegeversicherung lehnen wir strikt ab. **UD**

ja vor allem deshalb so stark begünstigt worden, weil sie das Zeug hat, sich zur Familie zu erweitern. Tut sie das nicht, dann kommen die recht erheblichen Summen, die der Familie zugedacht sind, der kinderlosen Ehe zugute: was immer wieder kritisiert worden ist, aber nach der falschen Seite hin ausgelöst wird, wenn man den Kreis der Subventionsberechtigten noch erweitert.

So viel sollte klar sein: Die juristische Annäherung

zwischen Ehe und Partnerschaft ist nur der erste Schritt. Die Promotoren des Gesetzes haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass der rechtlichen die tatsächliche Gleichstellung, die Teilhabe an den Vergünstigungen im Steuer- und Sozialrecht, folgen soll. Bisher ist dieser zweite Schritt vom Bundesrat verhindert worden. Der Bundesrat sollte bei seinem Widerstand bleiben.

Die Welt



HARTZ

Schröder droht ein Debakel

Der Kanzler und der VW-Personalchef machten gute Miene zum bösen Spiel – und weigerten sich, Details über geplante Reformen am Arbeitsmarkt bekannt zu geben. Mit gutem Grund: Hätten sie ausgeplaudert, was die Hartz-Kommission zur Zeit umtreibt – etwa der Streit um Sozialkürzungen –, stünde Schröder blamiert da. Das Gremium, mit dessen Hilfe sich der Kanzler als Reformer profilieren will, droht in einem Debakel zu enden.

Financial Times

Nur Wolkiges

Die Hartz-Vorschläge sind längst zur beliebigen dehnbaren Folie für Schröders Wahlkampfauftritte geworden – dafür wieder ein eindrucksvoller Beleg: Der Kanzler kommt, er prüft – und sagt nichts. Weder über neue Zumutbarkeitsgrenzen noch

über die Mini-Jobs. Nichts zum Osten, nur Wolkiges zum Zeitplan. Die Welt

MIT DER PDS?

SPD-Beteuerungen nichts wert

Christoph Zöpel, Staatsminister im Auswärtigen Amt, ist in der SPD schon öfter dadurch unangenehm aufgefallen, dass er Dinge ausplapperte, an die man zwar immer denken sollte, die man aber nie sagen darf. Dieses Mal ging es um die Koalitionsarithmetik nach der Bundestagswahl. Zöpel sagte, er gebe seiner Partei den Rat, keine Chancen auszulassen, was darauf hinaus läuft, die PDS in die Überlegungen einzuschließen. Diejenigen, die in der SPD Macht ausüben, dementieren beharrlich, dass sich die SPD mit der PDS einlassen könnte – zuletzt der Bundeskanzler. Solche Beteuerungen waren landespolitisch nichts wert, und im Bund würden sie auch schnell kassiert werden, wenn die Lage es erforderte. FAZ

TELEKOM

Schröders Pleite

Schröders Operation Sommer endet für den Kanzler im Desaster. Er wollte Wahlkampf machen und steht nun blamiert vor den Trümmern einer dilettantischen Industriepolitik. Der Versuch, zwischen Tür und Angel den Spitzenmanager eines Weltkonzerns auszutauschen, hinterlässt ein politökonomisches Schlachtfeld. Rheinische Post

Aus wahltaktischen Gründen Ron Sommer geopfert

Der Schaden für das Unternehmen, der durch den dilettantischen Umgang der Politik mit der Personalie Ron Sommer angerichtet wurde, ist noch gar nicht überschaubar. Die jetzige Situation kennt keine Gewinner, und es wird lange dauern, bis dieser Scherbenhaufen beseitigt ist. Sommer ist von Schröder



und Eichel aus wahltaktischen Gründen geopfert worden. Nutznießer sollten die Kleinaktionäre sein, die nach dem Abgang des Sündenbocks von einem steigenden Kurs profitieren sollten. Soweit die Spekulation der Bundesregierung. Das Gegenteil ist aber jetzt eingetreten: Die Telekom hat an den Märkten Vertrauen verloren. Nach dieser Personal-Posse kann sich kein Geschäftspartner oder Anleger mehr sicher sein, dass unternehmerische Entscheidungen die Telekom lenken und nicht politisches Kalkül.

Frankfurter Allgemeine

Rohrkrepierer

Die Ablösung Ron Sommers ist vollzogen., Für die Politik, die sie betrieb, wurde sie zum totalen Rohrkrepierer. Der Schuss, mit dem der Kanzler sich, seiner Regierung und dem Kurs der Volksaktie Entlastung schaffen wollte, ging nicht ab. Ron Sommer machte dies mit seinem selbstbewussten Auftreten bei seiner Rücktrittserklärung eindrucksvoll deut-

lich. Das öffentliche Gezerre um seine Person war unerträglich geworden und verkleinerte jegliche sachliche Betrachtung.

Leipziger Volkszeitung

„MEHMET“

Die Sicherheit musste zurückstehen

Der türkische Serientäter Mehmet darf zurückkehren. Das Bundesverwaltungsgericht hat den Widerspruch der Stadt München und des Landes Bayern, wo man über Mehments Art, die deutsche Kultur zu bereichern, nicht glücklich war, in letzter Instanz zurückgewiesen. Die Richter haben so entschieden, weil sie wohl mussten. Sie verweisen auf die vergleichsweise starke Rechtsstellung, die ein in Deutschland geborener Ausländer wie Mehmet genießt. Und sie erinnerten an den Schutz der Familie, dem das Grundgesetz bewusst einen hohen Rang zugesprochen hat. Gegenüber solchen Rücksichten musste das öffentliche

Bedürfnis nach Sicherheit – mit seinen 18 Jahren hat es Mehmet auf mehr als 60 Straftaten gebracht, darunter ernste Sachen wie Raub, Erpressung und Körperverletzung – offenbar zurückstehen.

Die Welt

LEBENSMITTEL

Künast zynisch

Fälscher machen Riesengewinne, während Kleinanleger ihr Vermögen verlieren, Konsumenten womöglich ihre Gesundheit und immer mehr Menschen ihr Vertrauen in ein System, in dem sich Selbstsucht in das Wohl Aller verwandeln soll. Dabei beschwören Lebensmittelskandale noch tiefere Ängste herauf als Kursstürze an der Börse. Wenn alle Aktien kaufen, ist es Zeit auszusteigen. Essen dagegen müssen alle. Wenn nun Verbraucher-schutzministerin Künast erklärt, die Verbraucher müssten entweder weniger Fleisch konsumieren oder etwas mehr dafür bezahlen, so wirkt das ein wenig zynisch. Welt

Mit Scharping flog der Achte: Regierung Schröder in Auflösung.

Die Regierung Schröder befindet sich in Auflösung. Mit dem Rauswurf von Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) hat Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) seit seinem Amtsantritt schon den achten Minister verloren:

- 11. März 1999: Finanzminister Oskar Lafontaine.
- 6. Juli 1999: Kanzleramtsminister Bodo Hombach.
- 17. September 1999: Verkehrsminister Franz Müntefering.
- 16. November 2000: Verkehrsminister Reinhardt Klimmt.
- 22. November 2000: Kulturstaatsminister Michael Naumann.
- 9. Januar 2001: Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke.
- 9. Januar 2001: Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer.
- 18. Juli 2002: Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping.

Nach Rekordarbeitslosigkeit Ost und Pleitenrekord ist das ein weiterer Rekord.

Gerhard Schröder ist der Kanzler der Negativrekorde.

Der Rauswurf Rudolf Scharpings war überfällig. Dass Gerhard Schröder seinen Verteidigungsminister erst zwei Monate vor der Bundestagswahl entlässt, zeigt: Der Kanzler hat sein Kabinett nicht im Griff.

Schröder hat seine Handlungsfähigkeit längst verloren.

Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit für den Wechsel.

Zeit für Taten.



Wer oder was ist ATTAC?

Seit dem Wirtschaftsgipfel von Seattle ist kaum ein Treffen internationaler Finanz- und Wirtschaftsorganisationen zu Ende gegangen, bei dem es nicht zu Protesten von so genannten Globalisierungsgegnern gekommen wäre.

Dabei hat es den Anschein, als ob die Heftigkeit der Proteste immer stärker wird. Mit gewalttätigen Demonstrationen und Straßenschlachten machen vor allem militante Globalisierungsgegner auf sich aufmerksam. In Seattle sprengten sie die Welthandelskonferenz. In Göteborg und Genua lieferten sie sich bürgerkriegsähnliche Straßenschlachten mit der Polizei.

Die Ablehnung der Globalisierung hat viele Gründe



**Konrad
-Adenauer-
Stiftung**

und wird aus unterschiedlichen Quellen gespeist. Gemeinsam scheint den Gegnern, die sich aus verschiedenen Gruppen zusammen

In der Senioren Union ist die Stelle des

Bundesgeschäftsführers

ab sofort neu zu besetzen. Gesucht wird eine Persönlichkeit, die Erfahrung hat in Führungsaufgaben einer politischen Gemeinschaft. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Öffentlichkeitsarbeit, die Zusammenarbeit mit der Presse und das selbständige Verfassen von Texten und Spezialartikeln. Beschäftigungsort ist Berlin, die Bundesgeschäftsstelle der CDU.

Vorausgesetzt werden mehrjährige berufliche Erfahrung, abgeschlossenes Hochschulstudium und die Beherrschung einer Fremdsprache in Wort und Schrift. Die Stelle ist entsprechend ihrer Bedeutung dotiert. Bewerbungen sind zu richten an den Bundesvorsitzenden der Senioren Union, Professor Dr. Otto Wulff, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Stichwort: Bundesgeschäftsführer.

Gerne stehe ich Ihnen jederzeit für Rückfragen zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen: Ute Besmer

Bundesgeschäftsstelle der Senioren Union

der CDU Deutschlands, Tel.: 0 30-2 20 70-442,

Fax: 0 30-2 20 70-449, e-mail: ute.besmer@cdu.de,

www.seniorenunion.cdu.de

setzen, in erster Linie das Stichwort „Globalisierung“ zu sein.

In ihren politischen, sozialen und ökonomischen Forderungen präsentiert sich die Bewegung überaus vielschichtig. Als Auslöser des Protests bestimmend, sind die ungleichen Teilnahmemechanismen an der Globalisierung. Von ihren Kritikern wird ihnen dagegen vorgehalten, dass sie nur die kurzfristigen Auswirkungen der Globalisierung sehe und nicht, dass der Prozess mittel- und langfristig Wohlstand erzeugen wird.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ein Arbeitspapier über das Netzwerk ATTAC herausgegeben und beantwortet darin Fragen nach den Personen und Organisationen, die dieses Netzwerk steuern: Erlebt hier die linke außerparlamentarische Opposition ihre Wiedergeburt?

Kostenlos zu beziehen ist das Papier „Wer oder was ist ATTAC?“ in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin bei Bonn, Tel.: 02241-24 62 64, Fax: 02241-24 62 94, elisabeth.enders@kas.de

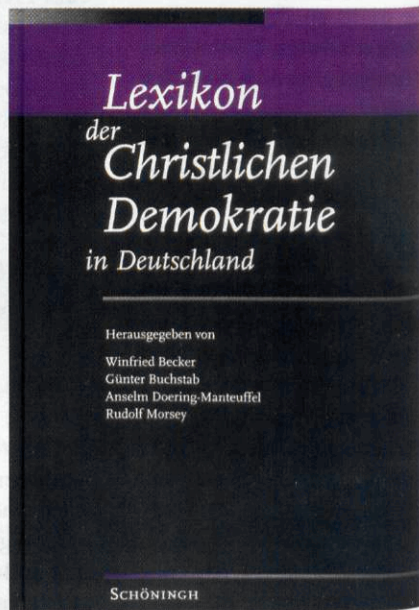
Das große Sach- und Personenlexikon zur Geschichte und Gegenwart der Christlichen Demokratie in Deutschland – mehr als 200 ausgewiesene Autoren haben in über 600 Artikeln ein Nachschlagewerk ersten Ranges geschaffen.

■

Zahlreiche Artikel über Sach- und Grundsatzfragen

Es beginnt mit einem ausführlichen historischen Überblick über die Entwicklung der Christlichen Demokratie in der Zeit von 1870 bis 2000. Die Geschichte der Christlichen Demokratie in der DDR erfährt dabei eine eigene Würdigung. Der anschließende biographische Teil führt von Konrad Adenauer über Heinrich Brüning, Helmut Kohl, Angela Merkel und Edmund Stoiber bis zu Ludwig Windthorst und Friedrich

Zimmermann. Das Sachlexikon enthält Artikel zur Geschichte und Organisation der Christlichen Demokratie von CDA oder CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag bis zum Volksverein für das katholische Deutschland. Zahlreiche Artikel behandeln historische und aktuelle Sach- und Grundsatzfragen: von Altersversorgung, Ausländerpolitik und Gentechnik bis zu Vatikanum, Verfassung und Wiedergutmachung. Der Anhang informiert u. a. über Wahlergebnisse und Regierungsbildungen auf Reichs-, Bundes- und Länderebene von 1871 bis 2002.



Winfried Becker, Günter Buchstab, Anselm Doering-Manteuffel, Rudolf Morsey (Hrsg.): *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*. Paderborn, München, Wien, Zürich 2002, Verlag Ferdinand Schöningh, 50 Euro, ISBN 3-506-70779-5